

## Apropos

von  
Bruno Füchslin

Empathie – entweder «man» hat sie oder eben nicht. Vielleicht bereits in den Genen angelegt. Vielleicht durch Lebenserfahrung nach und nach entwickelt. Das Wort bezeichnet «die Fähigkeit und Bereitschaft, die Empfindungen, Emotionen, Gedanken, Motive und Persönlichkeitsmerkmale einer anderen Person zu erkennen, zu verstehen und nachzuempfinden. Ein damit korrespondierender allgemeinsprachlicher Begriff ist Einfühlungsvermögen». Meint zumindest Wikipedia.

Was die Reflexion des jüngsten Nahostkriegs auch zu erkennen gibt, ist, dass Empathie offenbar äusserst wandelbar ist. Je nach Sym- oder Antipathie fallen die Gewichtungen pro oder kontra aus. Über den Hamas-Überfall auf Israel ist jede Empörung gerechtfertigt. Die so deklarierte «Terrororganisation» hat den Dampfkochofen Naher Osten zur Explosion gebracht. Israel hat das Recht, sich zu wehren.

So weit, so gut – oder so schlecht? Wer die geschichtliche Entwicklung des Palästina/Israel-Konflikts verfolgt, weiss auch, dass der UN-Teilungsplan 1948 zur Gründung Israels die Vertreibung von geschätzten 700 000 Menschen aus ihren Stammesgebieten nach sich zog. Rückkehr ausgeschlossen. Es waren ja «nur» (?) Araber. Wem die Sicherheit einer Heimat künstlich genommen wird, kann diese Sicht der arabischen Welt eventuell nachvollziehen: «Israel ist ein rostiger Nagel im Fleisch Arabiens.»

Die allgemeine wie historische Logik besagt, dass das Heute aus Vorgeschichten entstanden und geprägt ist. Niemand spricht Israel das Existenzrecht ab. Dass Palästinensern dasselbe nicht zugestanden wird, ist eine empathielose Einseitig-Betrachtung. Und jene, die das Leid da wie dort gleichermassen sehen und diesen Wahnsinn verurteilen, finden im Getöse von Raketen und Bomben kein Gehör.

## Abobestellcoupon

Bitte senden Sie mir folgende Zeitung

- March-Anzeiger
  - Höfner Volksblatt
  - 1 Monat Probeabo kostenlos
  - 12 Monate zu Fr. 302.–
  - 24 Monate zu Fr. 568.–
  - 6 Monate zu Fr. 160.50
- (alle Preise inklusive MwSt und E-Paper)

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

Bitte senden an:

March-Anzeiger      Höfner Volksblatt  
Alpenblickstrasse 26      Verenastrasse 2  
8853 Lachen      8832 Wollerau  
Tel. 055 451 08 78      Tel. 044 787 03 03  
Fax 055 451 08 89      Fax 044 787 03 01  
aboverwaltung@marchanzeiger.ch  
aboverwaltung@hoefner.ch

# «Die Menschen versuchen, ihre Familien zusammenzuhalten»

Der Krieg in der Ukraine geht weiter – die Flüchtlinge erlebten einen weiteren Jahreswechsel in der Fremde. Irina Bilyavska Camenzind, Projektleiterin Komin-Netzwerk Ukraine im Kanton Schwyz, wagt einen Ausblick.

von Eugen von Arb

Die Weihnachts- und Silvestertage brachten für die einen Festfreude, Stille und Einkehr. Für die Menschen in der Ukraine und ihre geflüchteten Angehörigen in der Schweiz hingegen ging der Krieg weiter mit russischen Raketenschlägen auf ukrainische Städte, die Tod und Schrecken verbreiteten.

«Wir befinden uns alle in einer emotionalen Schaukel», beschreibt Irina Bilyavska Camenzind die Situation. «Auch wenn die Menschen hier in Sicherheit sind, so haben sie täglich Angst um ihre Angehörigen, die dem russischen Kriegs- und Raketenterror ausgesetzt sind», sagt die Leiterin des Komin-Netzwerks Ukraine, die selbst Angehörige in der Ukraine hat.

Während der Feiertage seien viele Flüchtlinge für einige Tage in die Ukraine gereist, um zum ersten Mal nach vielen Monaten wieder einmal ihre Verwandten und Partner zu treffen. «Eine Frau, die aus Einsiedeln nach Kiew gereist ist, erzählte mir per WhatsApp, es sei gerade Raketenterroralarm und sie sei mit ihrer Tochter im Badezimmer in Deckung gegangen, weil sich der nächste Schutzraum 25 Minuten entfernt befinde.»

## Starkes Familiennetzwerk

In der Ukraine ist das familiäre Netzwerk traditionellerweise sehr stark – oft auch, weil noch mehrere Generationen in einem Haus oder sogar in einer Wohnung zusammenleben. Dadurch konnten sich die Familienmitglieder nach dem russischen Angriff oft gut und solidarisch untereinander organisieren. Ältere Menschen, die



Setzt auf Eigeninitiative und Solidarität unter den Flüchtlingen: Irina Bilyavska Camenzind, Projektleiterin Komin Netzwerk Ukraine Kanton Schwyz. Bild Eugen von Arb

nicht flüchten konnten oder wollten, wurden betreut, Frauen und Männer meldeten sich zum Militär oder zu den Freiwilligenorganisationen oder blieben wegen ihrer Arbeitsstelle im Land. Doch nach fast zwei Jahren Krieg und Trennung sind diese Verbindungen oft erschöpft. «Die Menschen versuchen, ihre Familien zu-

sammenzuhalten», meint Bilyavska traurig, «deshalb sind einige zurückgekehrt.»

## Zahl der Arbeitenden verdoppeln

Laut dem Staatssekretariat für Migration (SEM) waren Anfang Dezember 2023 über 65 000 Ukrainerinnen und Ukrainer mit Schutzstatus

«S» in der Schweiz registriert, davon knapp 40 000 im erwerbsfähigen Alter. Nach den Angaben von Bilyavska Camenzind waren im Kanton Schwyz per 30. November 2023 1145 Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus «S» gemeldet.

Obwohl die Schweizer Behörden bei Kriegsende mit der Rückkehr der meisten Ukrainer rechnen, bietet ihnen der gegenwärtige Status die Möglichkeit, in der Schweiz zu arbeiten. Davon machen rund 20 Prozent Gebrauch. Eines der Hauptziele des neuen Jahrs sei es, die Anzahl Arbeitender zu verdoppeln, erklärt Bilyavska Camenzind. Der Kanton bereitet die Massnahmen dazu vor. Das Kompetenzzentrum für Integration komin hat das Thema Arbeitsmarkt für Migrantinnen auch bei Gesprächsrunden mit den Ukrainerinnen und Ukrainern in den Fokus genommen.

Der wichtigste Schlüssel dazu ist die Sprache, weshalb für die Ukrainer im ganzen Kanton Sprachkurse durch komin und andere Organisationen angeboten werden. Die Lernfähigkeiten sind sehr unterschiedlich. «Besonders Menschen aus kleineren Orten in der Provinz aus der Süd- und Ost-Ukraine sind kaum je gereist und sprechen keine Fremdsprachen», erklärt die Dolmetscherin und Sprachlehrerin.

Diese lokalen Unterschiede machen sich auch bei den Kindern und Jugendlichen bemerkbar. Nach ihrer Ankunft besuchen die meisten zuerst eine Integrationsklasse, um sie auf den möglichen Einstieg in eine reguläre Schule vorzubereiten. «Das ist eine grosse Herausforderung, und die Lehrerinnen und Lehrer geben sich grosse Mühe», meint Bilyavska Camenzind und gibt sich optimistisch.

## SVP kritisiert geplante Pflege-Förderung

Die Ausbildung im Bereich der Pflege soll schweizweit über acht Jahre stark gefördert werden. Fast alle Schwyzer Parteien begrüssen im Grunde die kantonale Umsetzung, nur die SVP moniert falsche Anreize.

von Martin Risch

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» hat das Schweizer Stimmvolk im November 2021 mit rund 61 Prozent angenommen. Auch die Schwyzer stimmten zu. Die Initiative soll in zwei Etappen umgesetzt werden. In der ersten ist eine Offensive in der Ausbildung geplant. Die Ausbildung zu Pflegefachpersonen soll während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken durch Bund und Kantone gefördert werden. Die kantonale Umsetzung dieser Massnahmen stösst bei der Mehrheit der Schwyzer Parteien auf Zustimmung.

Die SP etwa betont, es brauche «so schnell wie möglich» Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und der Ausbildungssituation der Pflegefachpersonen. Der Fachkräftemangel habe sich seit Annahme der Initiative noch weiter zugespitzt.

## Bedarf wird weiter ansteigen

Gemäss nationalem Versorgungsbericht des Schweizer Gesundheitsobservatoriums (Obsan) waren 2019 insgesamt 185 600 Personen in der Schweiz in Pflegeberufen tätig. Bis 2029 werde der Bedarf um 36 500 auf 222 100 ansteigen. «Das kantonale Einführungsgesetz soll soweit möglich dazu beitragen, dass der Pflegeberuf attraktiver

wird», betont die Mitte. Die FDP warnt indes auch vor «falschen Anreizen». Es dürfe nicht sein, «dass einzelne, wirtschaftlich gut gestellt Akteure anderen potenziell Auszubildende abjagen». Es sei zudem fraglich, warum nur FH-Ausbildungen gefördert werden sollen. Laut FDP könnte es sinnvoll sein, das Anforderungsprofil für Pflegepersonal zu senken. «In der aktuellen Situation sind es vorwiegend die Pflegefachfrauen und -männer HF, welche in den Gesundheitseinrichtungen dringend benötigt werden.» Die SP spricht sich hier dafür aus, dass möglichst alle Ausbildungen im Pflegebereich von der Ausbildungsoffensive profitieren können. Zudem sollen nicht nur die Auszubildenden profitieren, sondern explizit

auch «die dazugehörigen Auszubildnerinnen und Auszubildner». Ansonsten bestehe die Gefahr, dass das Personal durch die Offensive noch stärker belastet werde, womit das Gesetz sogar «kontraproduktiv» wirken würde.

## Kritikpunkte

In Anbetracht dessen, dass auch in anderen Berufen in der Schweiz ein Fachkräftemangel herrsche, schreibt die FDP, «darf die Ungleichbehandlung mit anderen Berufen durchaus auch kritisch hinterfragt werden».

Mehrfach moniert wird in der Vernehmlassungsvorlage weiter, dass das Einführungsgesetz des Kantons keine Beschränkung auf acht Jahre nennt, wie dies im Bundesgesetz festgeschrieben ist. Die SP fordert hier auch, dass der Kanton eine Übergangsregelung schafft, sodass alle Studierenden bis zum Ende ihres Studiums von den Unterstützungsbeiträgen profitieren können. Weiter will die SP, dass die Beiträge des Kantons auf Antrag auch an ausserkantonale Fachschulen gewährt werden, «bilden sie doch Schwyzer Pflegefachpersonal HF aus». Diesbezüglich fordert die GLP eine «Kann»-Formulierung, damit die Ausbildung möglichst innerkantonal stattfindet. Zudem erachtet die GLP es als prüfenswert, «weitere Ausbildungsangebote

Pflege HF – analog zu jenem am Berufsbildungszentrum BBZP – im Kanton zu planen und realisieren».

## SVP ortet «falsche Anreize»

Ablehnend äussert sich die SVP. Sie ortet «das Grundübel im Gesundheitswesen in falschen Anreizen sowie ausufernden Leistungen und Bürokratie». Es sei darum falsch, «bestehende Probleme im Gesundheitswesen mit gewerkschaftlichen Ansätzen und ausufernden administrativen Vorschriften lösen zu wollen». Bei der geplanten Umsetzung kommen aus SVP-Sicht zudem «marktwirtschaftliche Aspekte zu kurz». Es sei nicht einleuchtend, «warum der Kanton finanzielle Unterstützung gewähren muss, damit Unternehmen sicherstellen, dass genügend und für den Geschäftserfolg notwendiges Personal vorhanden ist».

Die SVP bemängelt unter anderem, dass die zusätzlich anfallenden Ausbildungskosten nur «rudimentär» ausgewiesen werden. Zudem sei nicht klar, wie die Verrechnung vorgenommen werden soll resp. «wie die Angebote kostensenkend mit anderen Kantonen koordiniert werden könnten». Schliesslich sei auch nicht klar, «wie die geplanten Änderungen für den Kanton, die Regionen sowie für das Personal langfristig von Nutzen sein sollen».

«Der Fachkräftemangel hat sich seit Annahme der Initiative noch weiter zugespitzt.»

SP Kanton Schwyz